Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft,
134. Jg. (Jahresband), S. 199 - 210, Wien 1992

REGIONALE ASPEKTE DER SOZIO-ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

Jaroslav MARYÁŠ, Milan VITURKA und Jiří VISTOUPIL, Brünn/Brno*

mit 3 Abb. im Text

INHALT

1. Konzeptionen von Siedlungssystemen und Regionalgliederungen als eine Grundlage für die Planung zur Zeit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik 199
2. Tendenzen der regionalen Entwicklung am Anfang der postkommunistischen Ära 202
2.1. Der Umschwung in Politik und Verwaltung 202
2.2. Beharrende und neue Strukturelemente 203
2.3. Grenzregionen und internationale Zusammenarbeit 205
3. Die Entwicklung der Regionalstruktur in den neunziger Jahren 208
4. Zusammenfassung 209
5. Literaturverzeichnis 209
6. Summary 210

1. KONZEPTIONEN VON SIEDLUNGSSYSTEMEN UND REGIONALGLIEDERUNGEN ALS EINE GRUNDLAGE FÜR DIE PLANUNG ZUR ZEIT DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN SOZIALISTISCHEN REPUBLIK

Zur Zeit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik waren für die zentral gelenkte Planwirtschaft keine besonderen ökonomischen Regionen vorgegeben. Diese Planung richtete sich nach der allgemeinen territorialen Gliederung des Staates aus, nach der auch die Lenkung und Kontrolle der Gesellschaft vorgenommen wurde. Bekanntlich wurde die Tschechoslowakei – wie schon der Name belegt – in Tschechien mit Böhmen und Mähren (samt Schlesien) und in die Slowakei untergliedert. Im Jahre 1968, als die Tschechoslowakei eine föderalistische Staatsverfassung erhielt, wurden

* RNDr. Jaroslav Maryáš, CSc.; RNDr. Milan Viturka, CSc. und RNDr. Jiří Vistoupil, CSc., alle Geografický ústav ČSAV, 662 82 Brno, Mendlovo nám. 1

beide zu selbständigen Bundesländern mit eigenen Parlamenten: Tschechische Sozialistische Republik (ČSR) und Slowakische Sozialistische Republik (SSR). Die beiden Republiken wurden jeweils in "Bezirke" und diese wieder in "Kreise" mit ihren Gemeinden untergliedert.

Entsprechend dem obersten Führungsanspruch der Kommunistischen Partei (KPT) bestand für jede territoriale Einheit der Tschechoslowakei eine entsprechende lenkende Einrichtung der Partei. Parallel dazu erfolgte die staatliche Verwaltung mit speziellen Verwaltungsausschüssen, den sogenannten Ortsnational-, Kreisnational- oder Bezirksnationalausschüssen.

Die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft wurde durch Fünfjahrespläne festgelegt, deren Ziele zuvor auf den Parteitagen der KPT gebilligt wurden. Diese Pläne bestimmten vor allem die geplanten Investitionen mit einer solchen Genauigkeit, daß deren Umsetzung in die territoriale Planung zumeist unmittelbar möglich war. In den fünfziger und sechziger Jahren waren die Hauptgebiete der wirtschaftlichen Entwicklung die Regionen von Ostrau und in den siebziger und achtziger Jahren Nordböhmen und Prag.

Um die Entwicklung der Industrie mit den Erfordernissen des Wohnungsbaues und des Ausbaues der kommunalen Infrastruktur besser aufeinander abzustimmen und gleichschalten zu können, wurde in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein Konzept für die anzustrebende Siedlungsentwicklung der Tschechoslowakei entwickelt und dazu ein System von Zentralen Orten (Zentralsiedlungen) ausgearbeitet. Die Siedlungen wurden in folgende Gruppen eingestuft:

1. Zentren von überregionaler Bedeutung
2. Zentren von regionaler Bedeutung
3. Zentren von lokaler (örtlicher) Bedeutung
4. übrige (dauerhafte) Siedlungen
5. sonstige Siedlungen

Für die Zentren der 2. und 3. Stufe wurden auch Einzugsgebiete festgelegt. Die Abteilungen der territorialen und regionalen Planung der Kreis- und Bezirksräte verwendeten dieses System, das für die ČSR aus 173 Zentren der regionalen und 992 Zentren mit "lokaler" Bedeutung bestand. Die Zentren der überregionalen Bedeutung wurden nicht ausgewiesen, weil diese mit den (7) Hauptorten der Bezirke gleichgesetzt wurden. Von den insgesamt rund 15.000 Siedlungen wurden 7.000 als "sonstige Siedlungen" ausgewiesen und vom Ausbau der kommunalen Wohnungen ausgeklammert (HAVLÍK, KLÍMA 1972).

In den darauf folgenden Jahren wurden auch die Zentren von überregionaler Bedeutung genauer bestimmt und die Planungsziele für die Bevölkerungskonzentration und die gesellschaftlichen Aufgaben der Städte und Stadtagglomerationen detailliert

(HRDLIČKA 1984). Als Ergebnis wurden 1976 zwölf große Siedlungsagglomerationen (mit mehreren großen Zentren) und weitere 19 Siedlungszentren von überregionaler Bedeutung festgelegt.

In der Folge waren weitere Revisionen der regionalen Siedlungs- und Wirtschaftsplanung erforderlich, weil sich die demographische Entwicklung durch Rückgang der Zuwachsraten und der Abnahme der Binnen-Wanderungen (bei Zunahme des Berufsverkehrs der Pendler) verändert hatte, aber auch andere Planungserfordernisse wie der Schutz von wertvollen landwirtschaftlich genutzten Böden und die nachteiligen Auswirkungen einer sich verschlechternden Umwelt zu berücksichtigen waren. So wurden im Jahre 1982 die Planungen für die Besiedlung der Bezirke ausgeweitet und in den Prognosekomplex "ČSR 2000" eingebunden. Neben Entwicklungszielen für die Siedlungsstruktur und Angaben über die regionale Flächenwidmung umfaßte diese umfassende neue Planung weiters den Ausbau der technischen Infrastruktur und den Umweltschutz, regional untergliedert für die ČSR in elf Regionen von großen Agglomerationen und 23 städtischen Regionen (unterteilt in Agglomerationskerne und "nahe Siedlungszentren").

Vom geographischen Standpunkt aus besaß dieses nur dreistufige, hierarchische System große Mängel. So sind besonders in Mähren Kleinzentren zwischen den ländlichen Gemeinden und den (kleineren) Städten charakteristisch (vgl. MARYÁŠ 1988). Sie wurden in dem oben angeführten Planungsschema mit den Land-Gemeinden zusammengefaßt. Weiters wurden bei der Gruppe der Zentren mit regionaler Bedeutung nicht zwischen den kleinen überlokalen Zentren und den großen Kreisstädten unterschieden. Auch wurden zumeist die Einzugsgebiete einfach mit den administrativen Grenzen gleichgesetzt. Wegen dieser Mängel erarbeiteten Geographen ein eigenes System an Zentralen Orten und bestimmten empirisch die Zentren mit ihren Einzugsgebieten mittels des Einkaufsverhaltens und andere Versorgungsfunktionen der Bevölkerung und aufgrund des täglichen Pendelns der Berufstätigen. Diese neuen Ansätze basierten im wesentlichen auf zwei Regionalisierungen.

Die eine dieser Regionalisierung für Tschechien wurde durch die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Prag (HAMPL, JEŽEK und KÜHNL 1992) durchgeführt. Sie weist ein zweistufiges System von 201 "Mikroregionen" in der ČSR aus. Die Mikroregionen wurden mittels eines Gravitationsmodells für die Pendelwanderung und den zentralörtlichen Versorgungsverkehr bestimmt. Für die Zentren einer Mikroregion wurde eine Untergrenze der Einwohner mit 10.000 Einwohnern und für Subzentren in ihrem Einzugsbereich mit 5.000 Einwohner festgelegt. Kleinere Gemeinden wurden nur ausnahmsweise in das System der Mikroregionen aufgenommen. Die höherrangigen Zentren sind als "mezoregionale Zentren" (ersten und zweiten Grades) oder "makroregionale Zentren" (= Prag) ausgewiesen. Zweifelsohne stellte diese Regionalisierung mit ihrer hierarchischen Gliederung der Zentren und der Ausweisung ihrer Einzugsbereiche einen wichtigen wissenschaftlichen Fortschritt dar; sie wurde bei der bereits erwähnten neuen staatlichen Planungskonzeption des Jahres 1982 berücksichtigt.

Die zweite Regionalisierung stammt vom Geographischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften (GGÚ-ČSAV) in Brünn (MARYÁŠ, ŘEHÁK 1987). Sie gliedert 290 sozialgeographische Regionen aufgrund der Pendelwanderung und des durch Befragungen ermittelten zentralörtlichen Versorgungsverkehrs aus. Es wurden keine Einwohner-Größenklassen für die Zentren und ihre Regionen vorgegeben, weil nur Funktionskriterien galten. Nach erforderlichen Adaptierungen wurde diese Regionalisierung auch für Maßnahmen des Umweltschutzes verwendet.

2. TENDENZEN DER REGIONALEN ENTWICKLUNG AM ANFANG DER POSTKOMMUNISTISCHEN ÄRA

2.1. Der Umschwung in Politik und Verwaltung

Mit Beginn der postkommunistischen Ära wurden die aus der Planungswirtschaft stammenden Konzeptionen für die Urbanisierung und die Besiedlung insgesamt als "totalitär" bewertet und abgelehnt. Da noch keine neuen politischen Konzepte vorliegen, sind derzeit keine politisch verankerten Ziele der Raumordnung für die gesamte Tschechische Republik wirksam. Nachwievor sind in einigen Kreisen aber gewisse Aussagen in den regionalen Entwicklungsplänen für deren eigene Verwaltungsaufgaben noch von Bedeutung.

Im Jahre 1990 wurden die staatlich-administrativen Aufgaben der Bezirke einer Reform unterzogen und viele Aufgaben den Zentralen übertragen, wenngleich einige wichtige Agenden wie die Zuständigkeit für Aufgaben der Landwirtschaft oder des Umweltschutzes oder für Statistik bei diesen weiterverblieben. Die Einteilung in Kreise besteht zwar noch weiterhin, doch wird diese voraussichtlich anfangs 1994 reformiert werden.

Für die Reform werden die Vor- und Nachteile von früheren administrativen Gliederungen von Tschechien ins Treffen geführt. Bis 1948 existierte eine vierstufige Verwaltungshierarchie: Gemeinden - Kreise - Bezirke - Länder. Zwischen 1949 und 1960 wurde das Gebiet von Tschechien in 13 Bezirke und in 179 Kreise (zuzüglich der kreisfreien Städte Prag und Brünn) gegliedert. Ab 1960 wurden dann neben der Hauptstadt Prag nur mehr 7 Bezirke und 76 Kreise (ohne die Kreisfunktion der zehn Prager Stadtviertel) ausgewiesen. Die jetzt bestehende Gliederung in Gemeinden, Kreise und Bezirke steht demnach zur Diskussion. Von wissenschaftlicher Seite haben HAMPL, JEŽEK und KÁRA (1992) durch ihre Untersuchungen sieben bis acht Makroregionen für die Tschechei festgestellt (vgl. Abb. 1).

Die bereits im Gang befindliche Diskussion über die Verwaltungsreform ist hauptsächlich von regionalpolitischen Eigeninteressen geprägt. Zum Beispiel vertritt die sogenannte "mährische Bewegung" die Variante: Gemeinde - "Kleinkreis" (zumeist ähnlich den bis 1960 bestandenen Kreisen) - Länder. Die Regierungskoalition vertritt wieder die Variante: Gemeinde - Region und greift auf den Grundgedanken einer schon im Jahre 1929 überlegten aber nicht verwirklichten administrativen Gliederung zurück. Auf-

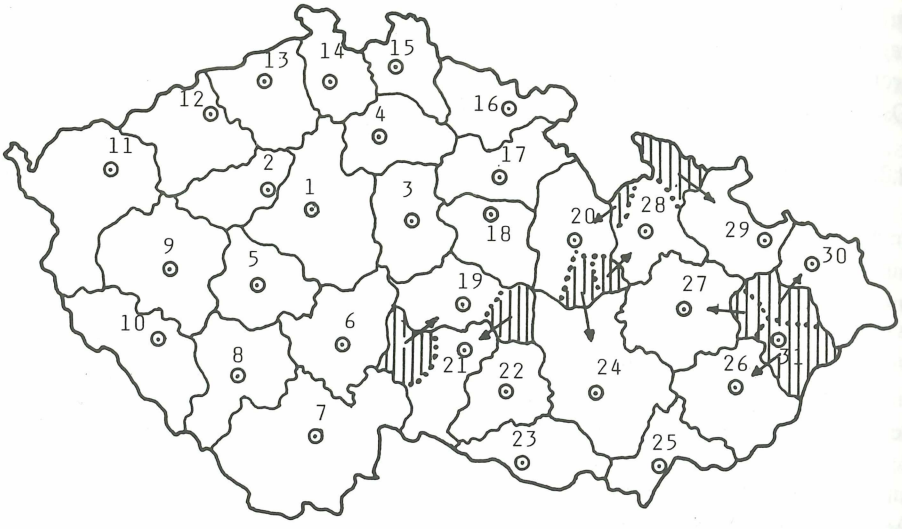
grund der empirisch von HAMPL, JEŽEK und KÁRA (1992) festgestellten Mikroregionen sollte die Tschechische Republik in 31 Regionen administrativ gegliedert werden, wobei auch die Gliederung in die Länder Böhmen, Mähren und Schlesien mit Ostrau mitberücksichtigt wäre (vgl. Abb. 1).

2.2. Beharrende und neue Strukturelemente

In der postkommunistischen Phase hat Tschechien ein Erbe übernommen, das sich noch lange in den regionalen Disproportionen und in der regionalen Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur auswirken wird, geschweige den vielen ökologischen Schäden und der Auswirkungen in der sozialen Sphäre. Die nur in längeren Zyklen ablaufende Reproduktion dieser Faktoren wird den neuen Staat noch zumindest in den neunziger Jahren im vollen Umfange nachteilig betreffen. Dazu kommen Probleme, die mit den Prozessen einer Umstellung auf eine kapitalistische Marktwirtschaft zusammenhängen und sehr rasch an Umfang gewinnen: Vor allem die Arbeitslosigkeit, zumeist als eine Folge einer Schließung von unrentablen Betrieben und Unternehmen, die Bewältigung der Aufgaben bei der Schaffung von Privat-Eigentum, insbesondere der Gründung von neuen Betrieben durch private Unternehmer bis hin zu den sich neu ausbildenden regionalen Unterschieden im Lebenshaltungsniveau u.a. Daraus resultieren vielfältige Kombinationen der Einflüsse von beharrenden Elementen mit Tendenzen der neuen Entwicklungen, welche eine Transformation der Regionalstruktur bewirken. Es kommt zu einer neuen Bedeutung und Stellung von einzelnen Gebieten innerhalb des Staates und innerhalb der jeweiligen Kategorien der Wirtschaft. Aber man wird erst in 10 bis 15 Jahren genauer die Resultate dieser Veränderungen feststellen können.

Aus der Anfangsphase der im Gang befindlichen Transformation läßt sich schon erkennen, daß die Grundstruktur der tschechischen Wirtschaft trotz der großen inneren und äußeren Veränderungen eine große Beharrungskraft besitzt, die viel stärker ist, als man anfänglich angenommen hatte. So zeigte sich auch im Jahre 1991, daß sich die Gebiete mit Schwerindustrie besser halten konnten, als die Regionen mit einem hohen Anteil an Konsumindustrie (zum Beispiel die Kreise Třebíč, Ústí n.O., Vsetín). Andererseits ging wegen der allgemeinen Schwierigkeiten der Landwirtschaft deren Produktion nicht nur in den Gebieten mit ungünstigen natürlichen Bedingungen zurück, sondern auch in den Gebieten mit besten natürlichen Voraussetzungen.

Ein weiterer Bereich mit nur langfristig möglichen Veränderungen ist die kommunale und technische Infrastruktur, die innerhalb von Tschechien große regionale Disparitäten aufweist. Auf der überregionalen Ebene sind die Makroregionen im nördlichen und nordöstlichen Böhmen sowie im nördlichen und östlichen Mähren verhältnismäßig gut ausgestattet. Gebiete mit ungenügender Infrastruktur konzentrieren sich auf Zentralböhmen (Umgebung von Prag, der zentrale Teil des Westböhmischen Bezirkes), das tschechisch-mährische Hügelland und auf die Grenzkreise des Südböhmischen Bezirkes. Die Disparitäten nehmen auf dem Niveau der Mikroregionen und besonders bei vielen kleinen Dörfer, in denen das Netz von Grunddienstleistungen total zerfällt, zu.



1- Praha, 2-Kladno, 3-Kolín, 4-Ml. Boleslav, 5-Příbram, 6-Tábor, 7-Č. Budějovice, 8-Strakonice, 9-Plzeň, 10-Klatovy, 11-Karlovy Vary, 12-Most, 13-Ústí n.L., 14-Česká Lípa, 15-Liberec, 16-Trutnov, 17-Hradec Králové, 18-Pardubice, 19-Havl. Brod, 20-Ústí n.O., 21-Jihla, 22-Třebíč, 23-Znojmo, 24-Brno, 25-Hodonín, 26-Zlín, 27-Olomouc, 28-Šumperk, 29-Opava, 30-Ostrava, 31-Val. Meziříčí

Abb. 1: Ein Vorschlag der Neu-Gliederung der Tschechischen Republik nach administrativen Regionen von HAMPL M., JEŽEK J. und KÁRA J.
- Zentrum einer administrativen Region;
- Grenze einer administrativen Region;
- Modifikation einer Regionsgrenze im Fall der Einrichtung der historischen Länder)

Auch in Bezug auf die ökologischen Schäden werden die notwendigen Maßnahmen des Umweltschutzes grundsätzliche Änderungen – trotz des stark zugenommenen ökologischen Bewußtseins der Bevölkerung – erst in einem größeren Zeitraum bewirken. An die 40 % der Bevölkerung in Tschechien auf nicht ganz 10 % der Fläche leben in stark bis sehr stark umweltgeschädigten Verhältnissen, besonders in den Kreisen des Untererzgebirges sowie im Raume von Ostrau und Prag.

Die vorliegenden statistischen Unterlagen beleuchten, daß die Bevölkerung selbst ihr Wanderungsverhalten bis jetzt nicht geändert hat. Aufgrund von soziologischen Untersuchungen wollen etwa 90 % der Bewohner unter keinen Umständen ihren Wohnort

wechseln. Der Wohnungsmangel ist sicherlich ein maßgeblicher Faktor gegen große Wohnortwechsel (vgl. Abb. 2a und 2b).

Über die regionale Entwicklung der Arbeitslosigkeit gibt es derzeit keine verläßlichen Prognosen, weil die künftige Wirtschaftsentwicklung im Ganzen und die Entwicklung von regional wichtigen Branchen nicht abschätzbar ist. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist in der Tschechischen Republik derzeit noch relativ sehr niedrig. In der regionalen Streuung zeigt sich, daß Unterschiede in den Arbeitslosenraten zwischen den Bezirken höher sind als zwischen den Kreisen, deren Rate zumeist nahe dem Landes-Durchschnitt liegt. Nur in drei Kreisen liegt die Arbeitslosenrate unter 50 % des Landes-Durchschnitts [Karlsbad, Eger (Cheb) und Prag] (vgl. Abb. 3a).

2.3. Grenzregionen und internationale Zusammenarbeit

Die neuen politischen Verhältnisse erlauben nun eine Zusammenarbeit von Grenzregionen in Tschechien mit solchen im benachbarten Ausland. Ein Hauptziel dieser Zusammenarbeit ist die Belebung der Wirtschaft in den tschechischen Grenzregionen, um die Nachteile ihrer peripheren Lage abzubauen und insgesamt eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu erreichen. Folgende Grenzregionen sind bereits tätig geworden:

1. Tschechisch-deutscher Grenzraum:
   a) Euregio Egrensis mit den Bezirken Eger, Tachov, Karlsbad und Sokolov auf tschechischer und benachbarten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Die tschechischen Grenzregionen haben eine sehr gut entwickelte Wirtschaft mit Landwirtschaft, Fremdenverkehr (berühmte Kurorte!) und Industrie bei guten Voraussetzungen der natürlichen Landschaft.

   b) Region Mitte [Kreis Domažlice (Taus)] und benachbarte Gebiete in der BRD (Landkreise Cham und Schwandorf)

   c) Region Trojmení (östlicher Teil der Nordböhmischen Region und benachbarte Gebiete in der BRD und Polen) mit großen Umweltproblemen.

2. Tschechisch-polnischer Grenzraum: grenzüberschreitende Beziehungen unterhalten die Gebiete Kladsko, Broumov und Náchod und die Region Jablunkov - Těšín (bezüglich Fremdenverkehr, Bäderwesen und Erholung, Landwirtschaft); die Zusammenarbeit zwischen der Agglomeration Ostrau und Oberschlesien ist gering.

3. Tschechisch-österreichischer Grenzraum: In diesem Abschnitt erfolgt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen einzelnen Städten und Dörfern (z.B. České Velenice/Gmünd), wobei gemeinsame Projekte bereits in Ausführung begriffen sind.

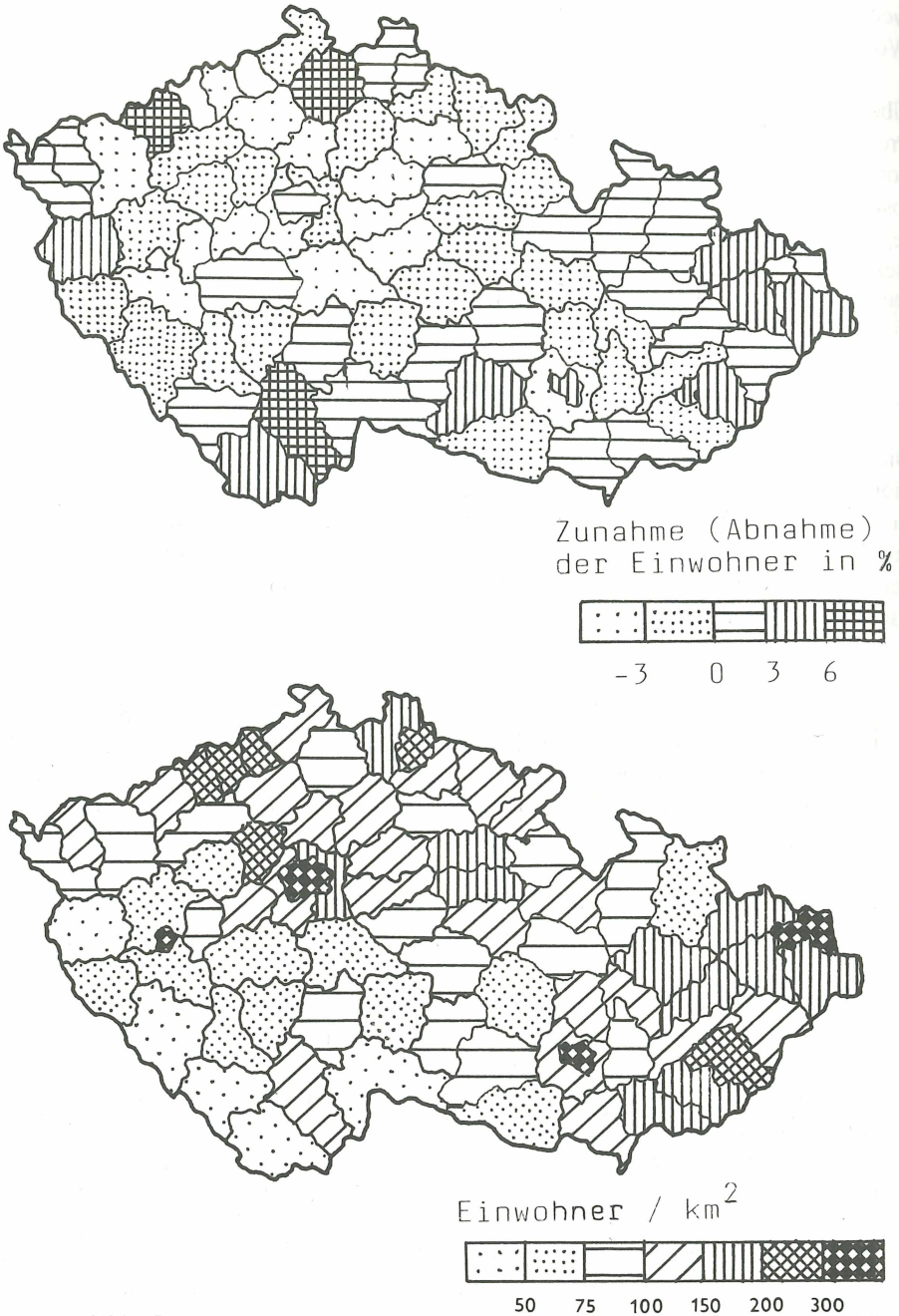
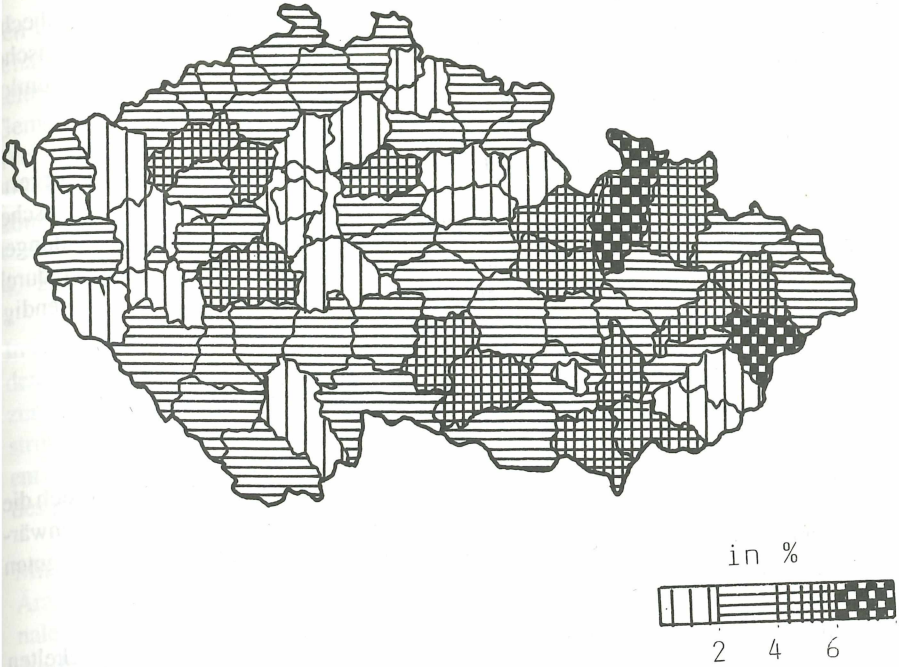


Abb. 2: a) Bevölkerungsentwicklung 1980-1990 und b) Bevölkerungsdichte 1990 in der Tschechischen Republik



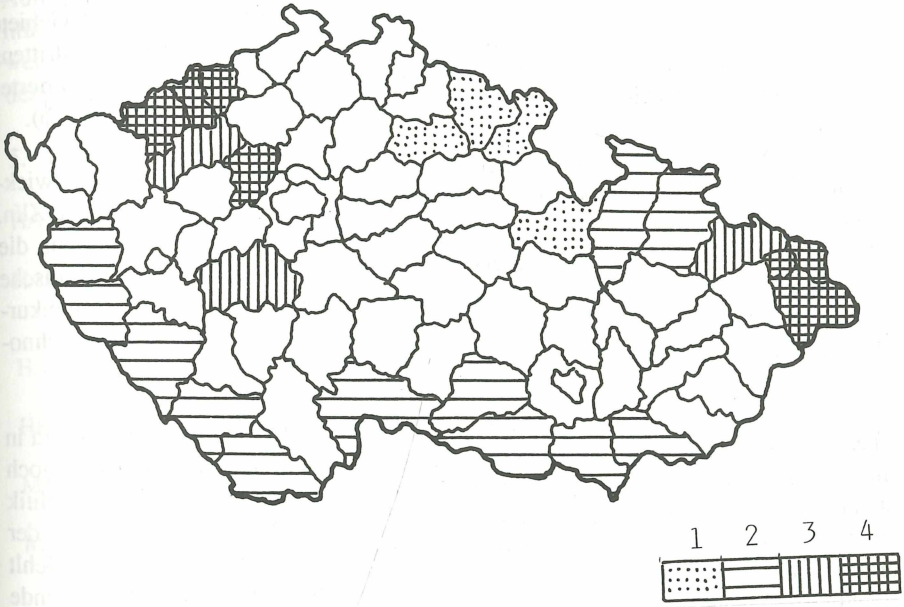


Abb. 3: a) Arbeitslosigkeit (30.6.1992) und b) wirtschaftsproblematische Regionen in der Tschechischen Republik

4. Euregio Böhmer Wald: In dieser erfolgt eine Zusammenarbeit zwischen tschechischen, österreichischen und deutschen Gemeinden und Kleinregionen. Auf tschechischer Seite sind dies Klatovy (Klattau), Prachatice (Prachotitz), Český Krumlov (Böhmisch Krumau) und České Budějovice (Böhmisch Budweis).

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stößt auf viele Schwierigkeiten, hervorgerufen durch sehr unterschiedliche ökonomische Niveaus, durch die Pendler aus Tschechien seit der Grenzöffnung, durch die noch unzureichenden Verkehrsverbindungen über die Grenze, dem Mangel an Grenzübertrittsstellen (Zollämter etc.) und auch durch unklare Zuständigkeiten innerhalb der tschechischen Verwaltung. Aber die Notwendigkeit einer solchen wird heute weithin eingesehen und unterstützt.

3. DIE ENTWICKLUNG DER REGIONALSTRUKTUR IN DEN NEUNZIGER JAHREN

Wenn es auch aufgrund der bereits aufgezeigten Probleme sehr unsicher ist, wie sich die Tschechische Republik künftig entwickeln wird, läßt sich doch schon aus der gegenwärtigen Perspektive eine Differenzierung in Problemregionen und in Regionen mit guten konkurrenzfähigen Voraussetzungen vornehmen.

Als Problemregionen sind zu werten: Erstens Gebiete mit einer stark entwickelten Leichtindustrie im nordwestlichen Böhmen, zweitens wirtschaftsschwache Gebiete mit einem großen Anteil der Landwirtschaft und mit schwacher Industriebasis, drittens Gebiete mit nachteiligem Einfluß der Schwerindustrie oder mit monostrukturierter Wirtschaft und viertens Gebiete mit dominierender Schwerindustrie (vgl. Abb. 3b).

Regionen mit günstigen Voraussetzungen für die soziale und ökonomische Entwicklung sind folgende drei Gruppen: Erstens die Großstädte Prag und Brünn sowie Zlín, welche für in- und ausländische Investoren besonders attraktiv sind, zweitens die Bereiche der Kurorte und Fremdenverkehrsgebiete (besonders das westböhmische Bäderdreieck) und drittens Städte und Regionen mit einer bereits modernen konkurrenzfähigen Industrie und mit Möglichkeit zur Gründung von wissenschaftlich-technologischen Parks (zum Beispiel die Gegend von Turnov).

Es ist davon auszugehen, daß die Regionalpolitik in der postkommunistischen Ära in Tschechien neue Ziele und Instrumente entwickeln muß, zu deren Erarbeitung noch wenig Erfahrung vorliegt und für die erst die Kompetenzen der für die Regionalpolitik zuständigen Ministerien zu schaffen sind. Seit 1991 ist die legislative Ausgestaltung der Regionalpolitik (unter anderem Gesetze über die Regionalpolitik) angelaufen. Es fehlt aber an angemessenen Vertretungsbefugnissen der Regionen und auch entsprechende regionale Entwicklungsfonds wären zweckmäßig. Erschwerend wirkt sich aus, daß das neue Steuersystem erst ab 1993 wirksam werden wird. Für die Forschung ergeben sich viele neue und sehr dringliche Aufgaben. Es gilt besonders, die Problemregionen unter

den Gesichtspunkten der sich erst langsam entfaltenden Bedingungen der Marktwirtschaft zu analysieren und entsprechende Methoden zu deren Abgrenzung zu entwikkeln; schließlich muß ein modernes Informationssystem für die Regionen und ihre Gemeinden aufgebaut werden. Dies alles ist aber vor dem Hintergrund der Teilung der Tschechoslowakischen Republik in zwei neue Staaten ab 1993 zu sehen. Diese neue Situation wird dazu zwingen, sich auf die Probleme der Tschechischen Republik zu konzentrieren und die Kontakte mit Westeuropa zu intensivieren.

4. ZUSAMMENFASSUNG

In der zentralstaatlich gelenkten "sozialistischen" Tschechoslowakei wurden verschiedene Instrumente der Regionalpolitik, in erster Linie zur Lokalisierung der Wirtschaft, zur Steuerung der Urbanisierung im Verein mit dem Ausbau der technischen Infrastruktur und der Entwicklung von Zentralen Orten als Arbeits- und Versorgungszentren entwickelt und eingesetzt. Diese Regionalpolitik war aber stets nur ein inkludierter Teil des planwirtschaftlichen Systems.

Mit der Ablösung dieses politischen Systems ergeben sich in der postkommunistischen Ära für die Tschechische Republik jetzt neue Aufgaben, aber auch örtliche wie regionale Unsicherheiten über die weitere ökonomische und soziale Entwicklung. Der Aufbau einer die marktwirtschaftlichen Erfordernisse berücksichtigenden Regionalpolitik ist im Gange. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten sind ein Abbild davon, welchen Probleme der neue, ab 1993 unabhängige und von der Slowakei getrennte Staat der Tschechischen Republik in nächster Zeit insgesamt ausgesetzt sein wird.

5. LITERATURVERZEICHNIS

HAMPL M., JEŽEK J., KUHNL K. (1978), Sociálněgeografická regionalizace ČSR. Praha, ČSDS. 286 S.

HAMPL M., JEŽEK J., KÁRA J. (1992), Regional differentiation and territorial division of the Czech republic. In: Analysis and synthesis of geographic systems. Brno, Geografický ústav ČSAV. S. 11-21.

HAVLÍK V., KLÍMA J. (1972), Současné otázky osídlení. In: Současné problémy osídlení ČSR (Vyzkumná zpráva). Praha, Terplan. S. 10-61.

HRDLIČKA M. (1984), Tři generace koncepcí rozvoje osídlení ČSR. In: Sborník ČSGS 1/89, S. 31-.43.

MARYÁŠ J. (1988), Nadmístní střediska maloobchodu a služeb v ČSSR a jejich sféry vlivu. (Kandidátská disertace). Brno, Geografický ústav ČSAV. 162 S.

MARYÁŠ J, ŘEHÁK S. (1987), Regionální působnost středisek osídlení. In: Atlas obyvatelstva ČSSR. Brno, Geografický ústav ČSAV, Federální statistický úřad, mapa 1 : 750.000, text + 2 doplňkové mapy.

POSTRÁNECKÝ J. (1991), Regionální aspekty sociálně ekonomického vývoje České republiky v 90. letech. (Výzkumná zpráva). Praha, ÚHP ČR. 24 S.

5. SUMMARY

Jaroslav Maryáš, Milan Viturka and JiříVistoupil: Regional aspects of the social-economic development in the Czech Republik

In the centralised state of the former socialist Czechoslovakia various measures of regional policy were developed and put into operation, such as controls on the location of economic activity and directives on urbanisation, in connection with the expansion of the infrastructure and the development of distribution and work centres. This regional policy was, however, only a part of the planned economic system.

With the superceding of this political system, new objectives have been set for the Czech Republic in the post-communist era, but at the same time local and regional uncertainties in respect of further economic and social development have appeared. The setting up of a regional policy which takes account of market-oriented economic requirements is in progress. The difficulties involved in this will be further compounded by those which the separation of the Czech Republic from Slovakia (1993) will entail.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft

Jahr/Year: 1992

Band/Volume: 134

Autor(en)/Author(s): Maryas Jaroslav, Viturka Milan, Vistoupil Jiri

Artikel/Article: Regionale Aspekte der Sozio-Ökonomischen Entwicklung ind er Tschechischen Republik 199-210